

moderaten und Demokraten haben eine schwere Niederlage erlitten. Das Zentrum, das in München bisher eine untergeordnete Rolle spielte, ist in Verbindung mit den Mittelständlern und den Liberalesten der Alt-Liberalen an die erste Stelle gerückt. Die vorher bedeutungslosen Unabhängigen nehmen nunmehr die zweite Stelle ein, und in welchem Abstände folgen die Mehrheitssozialisten und Demokraten. Die Zentrumsliste hat ihren Erfolg in erster Linie der jugendkräftigen Kandidatur des früheren Kultusministers Dr. Knilling für den Oberbürgermeisterposten zu danken. Der außerordentliche Aufschwung der Unabhängigen ist in der wachsenden oppositionellen Stimmung der Münchener Arbeitermassen begründet. Die Wahl Dr. Knillings zum Oberbürgermeister ist noch nicht gesichert.

Rundschau im Auslande.

Schweiz: Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen.

Das neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz das am 13. Juni von den Regierungen der beiden Länder ratifiziert wurde, sichert der Schweiz außer der Lieferung von monatlich 50 000 t Kohle auch den Bezug von 12 000 Tonnen schweizerischen Braunkohleerzeugnisses, sowie die Illusionen die Verbesserung ermöglicht. Die von Deutschland zu liefernden Eisen- und Stahlkontingente sind nicht bestimmt. Die Verpflichtungen der Schweiz erstrecken sich auf die monatliche Lieferung von 50 Wagen Wilderzeugnisse, 25 Wagen Reis 15 Wagen Schokolade und Kakapulver, 70 Wagen Obst und anderen Konserven (Fleischkonserven ausgenommen), sowie 5000 Stück Rindvieh und 2500 Ziegen. Die beiden letzteren Mengen gelten für die Dauer des Abkommens, und zwar ist die Lieferung für den Herbst vorgegeben und beginnt Ende August.

Holland: Für die Freiheit der Missionen.

Der niederländische Bauernbund hat an die Friedenskonferenz in Versailles das Gesuch gerichtet, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um allen Missionaren ungeachtet ihrer Nationalität, die volle Freiheit ihres Wirkens überall da zu garantieren, wo sie es für nötig erachten, ihre Missionarbeit zu verrichten.

Italien: Die italienische Kabinettskrise.

Der italienische Ministerpräsident Orlando hatte um mittelbar nach seiner Ankunft in Rom einen mehrschichtigen Ministerrat und eine weitere Kabinettsbildung einberufen um Maßnahmen gegen die kritische Lage zu treffen und zu versuchen, das Kabinett abermals zu stützen, in dem er einen Kandidaten für das Versorgungsamt zu finden und die zwischen dem Schatzminister und dem Handelsminister herrschenden Differenzen zu überbrücken versuchte. Zwar hofft Orlando, bis nächsten Donnerstag bis zur Eröffnung des Parlaments mit einem einigermassen haltbaren Kabinett sich vorstellen zu können. Er findet aber bei seinen Versuchen keinen großen Kredit, da über die Leistungen der Regierung auf dem Gebiete der Innen- wie der äußeren Politik nur eine Stimme der Unzufriedenheit herrscht.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Erledigung der Anträge.

Die Tagung des sozialdemokratischen Parteitages in Weimar nähert sich ihrem Ende. Eine große Reihe von Anträgen gelangten am Freitag zur Annahme, u. a. wurde zur Frage der Demokratisierung der Verwaltung folgender Antrag gegen eine kleine Minderheit angenommen:

„Der Parteitag macht es den Parteigenossen in der Regierung und in den Parlamenten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle politischen Beamten beseitigt werden, die innerlich noch auf dem Boden des alten Regimes stehen und nicht mit gebotener Eifer die von dem Mehrheitswillen des Volkes getragene Politik der Regierung fördern.“

Ein Antrag Hamburg auf Schaffung alkoholfreier Jugendheime, von Lesefällen in Schulen, Errichtung von Jugendberghäusern und auf Bekämpfung des Kindunwesens findet Annahme. Ebenso ein Antrag auf verstärkten sozialpolitischen Schutz der Jugend und ein weiterer Antrag auf Entmilitarisierung des gesamten Kadettenkorps.

Der Antrag auf Gründung einer Zentrale für die sozialistische Agitation unter den Beamten wurde dem Parteivorstand überwiesen. Schließlich wurde folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen: „Der Parteitag erklärt, daß Genossen, die Regierungämter innehaben, der Partei verantwortlich bleiben.“

Es folgt nunmehr der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung. Ein großer Teil dieser Frage war bereits bei der politischen Aussprache erledigt worden. Abgeordneter Böbe, Redakteur der „Breslauer Volkspost“, verteidigte die Haltung der Fraktion, insbesondere versuchte er die Bildung der Koalitionsregierung Scheidemann-Dernburg-Erzberger zu rechtfertigen.

Erneute Vorwürfe der Opposition.

Nur vor Schluss des Parteitages raffte sich die Opposition nochmals auf zu einem heftigen Vorstoß gegen die Parteileitung. Nachdem Chefredakteur Böbe (Breslau) den Bericht der Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung erstattet und es dabei abgelehnt hatte, auf die künftige Politik der Fraktion vor dem Abschluß der Friedensverhandlungen einzugehen, war von 19 Genossen unter der Führung von Davidsohn (Berlin) ein Antrag eingebracht worden, der, wenn auch in verballter Form, ein Mißtrauensvotum der Opposition gegen die Politik der sozialdemokratischen Führer in der Reichsregierung enthielt. Ein Dugend „Neulinge“, wie sich der Redakteur Böbe über die Antragsteller ausließ, schloß sich bei der Aufstellung der Rednerliste bewachtellig. Die Redner der Opposition wurden regelmäßig durch Schlußanträge mundtot gemacht. Vom Vorstand des Parteitages erklärte Redakteur Böbe (Breslau), daß ihm von der Opposition innerhalb der Partei nichts bekannt sei. Er müsse es ablehnen, daß 20 Parteideputierten die gleichen Rechte einräumt würden, wie den übrigen 380 Abgeordneten. Hierauf trat man in die Debatte über den Fraktionsbericht ein unter gleichzeitiger Bezugnahme auf die hierzu vorliegenden sehr zahlreichen Anträge.

Reichswirtschaftsminister Wiffell über die Sozialisierung.

Zunächst ist das Gesamtministerium unter der Führung Scheidemanns auf der Straße erschienen. Reichswirtschaftsminister Wiffell ergreift das Wort, um die Regierung gegen zahlreiche Vorwürfe wegen mangelnder Sozialisierung zu verteidigen.

Die Rede bedeutete im ganzen die sichere Erkenntnis, daß sowohl die Nationalversammlung wie die Reichsregierung nicht alle Wünsche des Volkes erfüllen könne. Wiffell verbreitete sich über die Bestrebungen, die von den Anhängern der freien Wirtschaft gegen ihn unternommen würden und behauptete, daß die bisherigen Sozialisierungsversuche nur unter dem Druck der Berliner Straßenkämpfe von den bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung hätten erpreßt werden können. Nachdem in München die Mätereit und der Kommunismus zusammengebrochen seien, rege sich aller Orten wieder die Profligator. Sie würde dadurch unterstützt, daß auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterchaft im Sozialismus nicht eine auf Rechten und Pflichten beruhende Wirtschaftsordnung, sondern die Möglichkeit der Erlangung größerer Profite sehe. Daran sei die Sozialdemokratie mit Schuld, die jahrzehntelang nur die ökonomischen Interessen der Arbeiter in den Vordergrund gestellt hätte. Der Sozialismus müsse schleunigst wieder zu seiner idealen Weltanschauung zurückkehren. Wiffell gab dann offen zu, daß eine Sozialisierung des Bergbaues, die oft von ihm gefordert wurde, im Augenblick schon deshalb nicht möglich wäre, weil man die ungeheure Verteuerung der Kohle in diesem Falle dem Sozialismus zum Vorwurf gemacht hätte. Auch würden die Arbeiter, wenn der Bergbau sozialisiert werden wäre, noch höhere Lohnforderungen gestellt haben als heute. Am Schluß seiner Rede griff der Reichswirtschaftsminister mehrfach die letzte Regierung an und erhob gegen den Reichsernährungsminister Schmidt Vorwürfe.

Minister Schmidt gegen Wiffell.

Auch Reichsminister David war der Meinung, daß es zu einem Fiasko des Sozialismus führen müsse, wenn man in der Entwicklung nicht ruhig Schritt für Schritt vorgehe, worauf nach einigen weiteren Rednern der Reichsernährungsminister Robert Schmidt das Wort ergriff und sich in bemerkenswerter Weise gegen Wiffell wandte. Es wird wohl nicht oft in der parlamentarischen Geschichte vorgekommen sein, daß ein Minister einem Kollegen desselben Kabinetts, der überdies Parteigenosse ist, vor aller Öffentlichkeit angriff, wie Robert Schmidt am Sonntagabend Wiffell angriff. Hier traten offenkundige Gegensätze hervor. Besonders wandte sich Schmidt gegen die Auffassung Wiffells, daß das Sozialisierungsgebot unter dem Druck der Straße durchgesetzt worden sei, wenn es auch heftige Kämpfe im Schoße des Kabinetts darüber gegeben habe. Einen zweiten bemerkenswerten Angriff richtete Schmidt sodann gegen Wiffell mit der Feststellung, daß das Reichswirtschaftsministerium immer Widerspruch gegen die Lebensmittelmäße und die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande, die das Reichsernährungsministerium veranlaßt habe, erhoben hat. Schmidt äußerte dann schwere Bedenken gegen Wiffells Programm der Sozialisierung. Die Sozialisierung müsse zur Volksozialisierung werden und dürfe nicht Formen schaffen, die den Privatkapitalismus neu erstarren lassen könnten.

In der weiteren Aussprache bezeichnete Hermann Müller die Ministerauseinandersetzungen als eine unerfreuliche Sensation des Parteitages und fuhr fort:

„Es gehen Gerüchte um, besonders auch im Westen, daß die Truppen im Baltikum zur Wiederanfrischung der Hohenzollernherrschaft benutzt werden sollen. Ich möchte darum betonen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes gar nicht daran denkt, sich für die Hohenzollern zu begeistern. Die Schuld Wilhelms II. ist zu groß. Die Älten werden noch verurteilt werden, aber schon jetzt steht fest, daß seine 30-jährige Regierung uns ins Elend gestürzt hat. Sein fortdauerndes Reden und Schwärzen hat das Mißtrauen des Volkes gegenübergeworfen. Wiffell dem ist er pathologisch zu betrachten. Er war immer geistig minderwertig und daher auf dem Thron gefährlich. In Berlin gehen Gerüchte, daß die Frage seiner Abfindung erwogen werde. Uns ist das nicht so eilig wie möglichen vorher noch einiges wissen. Wir warnen auf die preussische Regierung, auf diesen Reim zu trödeln. Dank sind wir den Hohenzollern nicht schuldig.“

In der Nachmittagsstimmung kam es nach Schluß der Debatte zu einer Neuauflage des Ministerduells. Minister Wiffell bestritt die Richtigkeit mehrerer Behauptungen Schmidts. Er bleibe dabei, daß Schmidt planlos eingekauft habe und die Golddecke ungebührlich in Anspruch genommen habe. Demgegenüber betonte Minister Schmidt sehr erregt, daß das Kabinett seine Pflicht getan habe. (Scheidemann nicht zustimmend.) Seiner Ansicht nach habe man noch viel zu wenig eingekauft und müßte noch viel, viel mehr einführen.

Hierauf schritt man zur Abstimmung über die zum Fraktionsbericht vorliegenden Anträge. Angenommen wurde zunächst ein im Sinne Wiffells gehaltener Antrag Bruns über die Sozialisierung, worin der Parteitag die Sozialisierung fordert, wo sie möglich ist, und wo sie nicht möglich ist, an Stelle der reinen Planwirtschaft eine zu Gunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene, gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft).

Eine Entschließung, die im Zusammenhange mit diesem Antrag eine rein sozialistische Regierung fordert, wurde abgelehnt. Eine Entschließung gegen angebliche Uebergriffe deutscher Truppen in Estland und Lettland wurde angenommen.

Bei den Vorstandswahlen wurden zu Vorsitzenden gewählt Hermann Müller mit 373, Welt mit 291 Stimmen.

Kriegsgewinnsteuer.

Die Abgabe vom Vermögenszuwachs.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Kriegsgewinnsteuer vom Vermögenszuwachs wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung in zwei verschiedenen Fassungen zugehen, nämlich mit der von der Regierung vorgeschlagenen und mit der vom Staatenausschuß vorgeschlagenen Fassung der Abgabe. Er ist vom Staatenausschuß bereits genehmigt worden, weist aber auf eine allerdings starke Meinungsverschiedenheit zwischen Staatenausschuß und Regierung in bezug auf die Höhe der Kriegsgewinnsteuer hin. Während nämlich die Regierung eine Staffelung vorseht, die mit 10 v. H. bei 10 000 Mark Vermögenszuwachs beginnt, in flacher Progression bereits bei

100 000 Mark bei einer Abgabe von 100 v. H. v. H. also der restlosen Konfiskation anlangt, will der Staatenausschuß bei einem gleichen Anfangssatz etwas milder staffeln und erst bei mehr als 1 1/2 Millionen Mark Kriegsgewinn den Rest konfiszieren.

Abgabepflichtig sind alle im Besitzsteuer-gesetz vom 3. Juli 1913 genannten Personen.

Als Vermögenszuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Vermögen, das bei der erstmaligen Besitzsteueranlegung auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1913 zu versteuern war, und dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918. Grundstücke, die nach dem 1. August 1914 erworben sind, müssen mit mindestens dem Betrage der Gestehungskosten angefaßt werden. Nur durch Verschlechterung, nicht also durch die Marktlage, eingetretene Verminderungen sind abzuziehen. Nur insgesamt 10 000 Mark übersteigende Vermögen und nur Zuwächse von mehr als 5000 Mark sollen steuerpflichtig sein. Nachweisbare Vermögensverluste während des Jahres 1918 dürfen bei Berechnung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses in Abzug gebracht werden.

Aus Stadt und Land.

Die Kölner-Universität wurde am Donnerstag durch einen Festakt in Würzeln eröffnet. Oberbürgermeister Adenauer hielt eine längere Ansprache, in der er einen Rückblick auf die alte Kölner Universität warf, die nächst der Heidelberger die älteste Universität Deutschlands sei. Nun sei nach hundertjährigem Schlummer die Universität Köln zu neuem Leben erwacht. Er dankte allen, die dazu beigetragen hätten, und namentlich der preussischen Regierung, als deren Vertreter er den anwesenden Unterstaatssekretär vom Kultusministerium Dr. Becker begrüßte. Dieser übermittelte die Glückwünsche des Ministers Dae-nisch, der in einer Botschaft der neueröffneten Universität die Pflege des Deutschtums ans Herz legte und sie der eifrigsten Fürsorge der preussischen Unterrichtsverwaltung verscherte. Sie solle in deutschen Geiste, festgewurzelt in deutscher Heimat, wirken im preussischen Köln. Rheinland und Preußen — wir bleiben zusammen! Die Botschaft des Ministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zum Rektor der Universität wurde der bisherige Direktor der Handelshochschule in Köln, Geh. Reg.-Rat Dr. Ciert, bestimmt.

Die Beisetzung Rosa Luxemburgs. Die von den unabhängigen Sozialdemokraten und von den Kommunisten ergangenen Aufrufe zum Trauerfest anlässlich der Beisetzung Rosa Luxemburgs haben nicht den beabsichtigten großen Erfolg gehabt. Auch die von den Kommunisten geforderte Betriebsanstellung der Straßenbahnen scheiterte an der Weigerung der großen Masse der Straßenbahner, den Betrieb still zu legen. Immerhin war die Beteiligung an der Beisetzung Rosa Luxemburgs sehr groß. Am Vormittag wurde die Leiche vom Leichenhause zum Friedhof Friedrichshain überführt, wo der Sarg auf einem Trauergerüste aufgebahrt wurde. Unter den vielen Kränzen mit großen roten Schleifen befanden sich auch solche von der Sowjetregierung und den sozialistischen Akademikern Russlands. Zu der Trauerfeier hatten sich etwa 20 000 Teilnehmer in langen geschlossenen Reihen eingefunden. Fast alle betamten Führer der Unabhängigen und Kommunisten waren zur Stelle. Von sechs in der Mitte des Rondells stehenden Wagen, die vollkommen schmucklos waren, wurden von den Mitgliedern der K. P. D. Ansprachen gehalten. Gegen 12 1/2 Uhr setzte sich der Leichenzug in Bewegung unter Vorantritt von Musikkapellen; dann folgte der Leichenwagen, die Parteiführer, die Freunde der Bestorbenen, schließlich der lange Trauerzug. Am Nachmittag fand die Beisetzung auf dem Gemeindefriedhof in Friedrichshain statt. Der Straßenbahnverkehr erlitt keine Störung, am Friedrichshain mußte er wegen der großen Volksversammlungen umgeleitet werden. Von Streiks war wenig zu spüren, wenn-gleich in einigen Betrieben ein Teil der Arbeiterchaft fehlte, der sich an dem Leichenbegängnis beteiligte. — Im Zusammenhange mit dem vierundzwanzigstündigen Auslande aus Anlaß der Trauerfeier für Rosa Luxemburg sind in Frankfurt a. M. Demonstrationen in eine Reihe von Betrieben eingedrungen und haben deren Schließung erzwungen.

Umfangreichen Arzneimittelhebungen ist man dieser Tage in München auf die Spur gekommen. In der Hauptsache handelt es sich um Salvarsan. Durch Untrenne eines Wadmannes des Münchener Veterinar-Sanitäts-Depots wurde Salvarsan im Werte von ungefähr 13 000 Mark entwendet. Bei einem anderen Fall sind nicht weniger als neun Schieber beteiligt. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um 1500 Gramm Salvarsan. Das Gramm sollte mit 12 bis 13 Mark verkauft werden. Sämtliche Arzneimittel wurden beschlagnahmt. — Gegen den Finanzbeauftragten der kommunistischen bayerischen Mätereipublik, den Hauptbeamten Emil Maenner, wurde wegen Hochverrats ein Haftbefehl erlassen.

Allen hierdurch die traurige Nachricht, daß am 16. Juni früh mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schumachermeister und Grundstücksbesitzer Herr Gustav Theodor Hänel, Veteran von 1866 und 1870/71, Inhaber der Friedrich August-Medaille in Silber im 81. Lebensjahre sanft entschlafen ist. In tiefer Trauer Frau Christiane verm. Hänel geb. Baumgarten, zugleich im Namen aller übrigen Hinterbliebenen. Schmieberg, den 16. Juni 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 19. Juni nachm. 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.